

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 1

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends, Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Einlagen in die Postanstalt Nr. 6482. Geschäftsstelle: 17, Johannis-Platz, oder deren Raum 28, für Post 15 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 4. Januar 1908.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Königstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Königstr. 5, II.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 1. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg und München.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Deuben und Nürnberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Das Wirtschaftsjahr 1907.

Ein Jahr ist zu Ende gegangen, auf das die Arbeiterschaft mit gemischten Gefühlen zurückblickt. Es war ein echtes, rechtes Hochkonjunkturjahr für die Ausmaße der menschlichen Arbeitskraft und die Kländerer der Konsumenten. Dem industriellen Kapital warf die beispiellose Forcierung der Gütererzeugung, bei stark hinausschnellenden Preisen, Riesengewinne in den Schoß; die Großgrundbesitzer hatten das Glück, eine um viele Millionen reichere Ernte zu halten, weil die neuburgische Agrarpolitik die Preise aller Lebensmittel enorm in die Höhe gehen ließ. Und dadurch sind die Arbeiter um ihren Anteil an der Konjunktur, den das industrielle Kapital ihnen wohl oder übel zugestehen muß, vielfach reflos betrogen worden. Das nicht nur! Gerade für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter blieben die Lohnsteigerungen hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück. Für sie hat das Glanzjahr 1907 nicht anderes gebracht, als vermehrte Arbeit und Einschränkung im Lebensgenuss. Heute mag wohl mancher Arbeiter, der sich im Januar in den hurrapatriotischen Taumel mit hineinziehen ließ, am Lohnstage betrübt nach Hause schleichen, mit dem drückenden Gefühl, selbst einen Teil der Schuld dafür zu tragen, daß er jetzt eine Summe heimträgt, die zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen in schreiendem Widerspruch steht. Die Unvernunft der Väter hat den Kindern und deren Müttern die Furcht der Einschränkungen und Entbehrungen aufgebunden.

Die ungewöhnliche Nachfrage am Arbeitsmarkt, der wilde Begehr am Warenmarkt, die ungezügelte Hast in der Gütererzeugung, die schon das Jahr 1906 ausgezeichnet hat, waren, zum Teil sogar noch in verstärktem Maße, die hervorstechenden Merkmale bis in die zweite Hälfte des Jahres 1907 hinein. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres wurden z. B. genau soviel Kohlen gewonnen, genau soviel Roheisen produziert, als im ganzen Jahre 1904. Die Eindeckungen der Händler und Konsumenten, die in dem letzten Viertel 1906 und in den ersten Monaten des Jahres 1907 erfolgten, waren so groß, daß damit die Produktionsmöglichkeiten der Werke bis Ende des Berichtsjahres erschöpft waren. Das war eine günstige Situation für Preissteigerungen, die sich dann auch einander nur so jagten. Ein paar Angaben mögen das illustrieren: Spiegeleisen kostete 1903: 67 Mk., 1907: 90—92 Mk., Stahleisen stieg in derselben Zeit von 58 Mk. auf 80 Mk., Weizenreife von 68 Mk. auf 88 Mk. pro Tonne. Die Unternehmer haben die gute Konjunktur auszunutzen verstanden. Die Aktionäre merkten an ihrem Portemonnaie, daß die Arbeiter — reichlichere Arbeitsgelegenheit hatten. Für 239 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen im Zentralhandelsregister veröffentlicht worden sind, ist die Gesamtdividendensumme, die für das Jahr 1905/06 rund 40 Millionen Mark betrug, auf über 45 Millionen Mark für das Geschäftsjahr 1906/07 hinausgegangen. Da merkt man doch etwas von guter Konjunktur! An den 239 Gesellschaften waren u. a. beteiligt:

Unternehmungen	Zahl	Dividendensumme 1905/06	1906/07
		in 1000 Mark	
Nahrungs- und Genussmittel	42	3041	3688
Steine und Erden	15	2202	2482
Chemische Industrie	9	1323	1438

Die Zunahme der Dividendensumme stellt sich für die 66 Gesellschaften auf über eine Million Mark, gleich 16 Prozent. Daß auch die Zementwerke gut gearbeitet haben — für die Aktionäre, zeigt diese Aufstellung:

Gesellschaft	1905/06 resp. 1906	Dividende 1906/07	für 1907 geschätzt
Adler-Zement	3	10	—
Alten	12	17	—
Oberhöl-Portland-Zement	14	17	—
Weymann-Portland-Zement	14	18	—
Borsigwerke	18	—	20
Wesf. Zement	3	12	—
Leitner-Portland-Zement	20	—	20
Demmoo-Portland-Zement	10	—	10

Eine der rentabelsten Industrien ist die chemische; aber auch die Gummiindustrie wirft enorme Erträge ab. Nachfolgend geben wir von einer Reihe Werke die letzten Dividendenverteilungen: für 1907 geschätzt: Aktiengesellschaft für

Anilinfabrik 22, Albert, Gemische Fabrik 22 1/2, Eblberfelder Farbwerke 36, Höpfer Farbwerke 30, Continental Caoutchouc- und Guttapercha-Comp. 40, Hannoversche Gummitamm-Komp. 22 Prozent. Der Konjunkturleg für die Agrarier kommt in den Preissteigerungen für Lebensmittel in Erscheinung. Weizen z. B. kostete nach Berliner Notierungen im Durchschnitt 1900/1901 pro Tonne 159,20 Mk., jetzt 225 bis 230 Mk. Roggen stieg in derselben Zeit von 130,60 Mk. auf 212 Mk. Und mit den Getreidepreisen gingen die Preise für fast alle andern Nahrungsmittel in die Höhe, die rückläufige Bewegung am Viehmarkt kam zum Stillstand. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß die Kaufkraft des Geldes stärker abnahm, als vielfach die absoluten Lohnsteigerungen ausmachten. Aber das ungeheure Ansehen der Preissteigerung am gesamten Warenmarkt beschleunigte auch den Hereinbruch der Krise. Die Anstöße, die von allen Seiten an den Geldmarkt gestellt wurden, hatten schon Ende 1906 eine ungewöhnliche Spannung hervorgerufen, die im laufenden Jahre fortgesetzt sich verschärfte und uns am Jahreschluss einen Diskontsatz von 7 1/2 Prozent bescherte. Die Geldsteuerung in Verbindung mit den fortgesetzten Preissteigerungen übte allmählich einen hemmenden Einfluß auf die Unternehmungslust aus, und als in den Vereinigten Staaten durch den Zusammenbruch verschiedener Banken das Sturmsignal aufgezogen, da war es vollständig mit dem Vertrauen für die Zukunft vorbei. Schon seit Monaten gingen die Spezifikationen nur noch spärlich ein. Jetzt haben sie fast vollständig aufgehört, die Auftragsbestände schmelzen zusammen, und obwohl die Fabrikanten sich persönlich auf die Strümpfe machen, um neue Aufträge herein zu bekommen, so ist doch alles Bemühen nach dieser Richtung vergebens. Bis vor wenigen Wochen vernahm man allerdings aus der Großindustrie nur optimistische Stimmen; man glaubte angeblich nicht an einen Konjunkturrückgang. Der ehemalige Handelsminister Müller ließ sich Ende Oktober von einem Journalisten interviewen und gab seiner unerschütterlichen Meinung von dem Fortbestand der guten Konjunktur Ausdruck. — Und heute? Schon hat der Beschäftigungsgrad bedenklich nachgelassen, jeder Tag bringt neue Meldungen über Betriebseinschränkungen, Feierschichten, Reduktion des Arbeiterstammes, Lohnkürzungen usw. Schon sind Tausende beschäftigungslos, und Tag für Tag wird das Heer der Arbeitslosen größer. So sind wir von den Höhen einer Hochkonjunktur bis in den Beginn einer Krise im Laufe eines Jahres hinabgestürzt. In welche Abgründe es noch hineingeht, das läßt sich noch nicht sagen. Hat die Arbeiterschaft im allgemeinen keine Ursache, mit den Ergebnissen der beiden letzten Jahre zufrieden zu sein, weil für sie in der Hauptsache die Miße für die Unternehmer der Preis war, um noch viel weniger kann eine Krise sie befriedigen. Die Unternehmer haben vorgesorgt, daß für sie die Krise nicht sehr empfindlich wird; die Agrarier dürfen sogar dank der Ernteverhältnisse und der erhöhten Schutzzölle auch noch weiter mit steigenden Einnahmen rechnen. Und es wird die Arbeiterschaft nicht nur von den Schreden der Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse heimgesucht, die Wucht der Krise wird für sie erhöht durch die ungeheuerliche Lebensmittelerhöhung. Und die Regierung wird nichts tun, den Druck zu mildern. Vor wenigen Wochen erst hat der Reichskanzler erklärt, daß die Bahnen der jetzt eingeschlagenen „bewährten Wirtschaftspolitik“ nicht verlassen werden sollten. Mit allem Nachdruck wird den Arbeitern damit wieder mal zu Gemüte geführt, daß sie verlassen sind, wenn sie sich auf Erklärungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien verlassen. Von den Versprechungen, die man den Arbeitern machte, damit sie den Bälou-Dernburg-Kumms unterstützen sollten, ist rein gar nichts in Erfüllung gegangen. Die Erwerbsverhältnisse sollten gesichert werden, jetzt stehen wir vor einem gähnenden, dunklen Abgrund. Zu der Veränderung am Arbeitsmarkt treten die trostlosen Finanzverhältnisse im Reich. Birta 400 Millionen Mark neue Steuern sollen aufgebracht werden. Was nach dieser Richtung an dunklen Plänen im Schoße der mit den Scharfmachern und Junkern verbündeten Regierung ruht, ist noch nicht offenbart worden, sicher aber ist, daß auch diesmal die starken Schultern wieder geschont werden sollen. Von den rofigen Hoffnungen, die man in das Jahr 1907 mit hineinnahm, hat sich für die Arbeiter nur bitterwenig verwirklicht; aber die Befürchtungen, die damals schon vereinzelt ausgesprochen wurden, sind nun durch die Tatsachen noch weit überholt. Es ist keine günstige Bilanz, die der Arbeiter aus dem Jahre 1907 ziehen kann. Das ist um so schlimmer, weil die Zukunft noch trostloser ist, als die Vergangene war. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft aus den Ereignissen die Lehre, daß sie nun alle Kräfte einsetzen muß, um ihre Organisation zu stärken, damit sie in den unausbleiblichen schweren Kämpfen in der Organisation eine gute Rückendeckung hat.

Das Großkapital in der chemischen Industrie.

Auch in den deutschen Regierungskreisen sieht man das Umfängere des allmächtigen Großkapitalismus in unserer Industrie mit gemischten Gefühlen an. Einerseits ist man an diesem Emporkommen des Kapitalismus persönlich interessiert und empfindet diese Blüte, soweit sie ihre Profite verschwenderisch ausstreut, sehr angenehm. Andererseits kann man sich doch eines geheimen Grauens deshalb nicht erwehren, weil man eine Vorahnung davon hat, daß jene kapitalistischen Riesengewalten in nicht zu langer Zeit selbst den Regierungskreisen über den Kopf wachsen und dann so rücksichtslos und selbstherrlich mit ihnen umspringen werden, wie eben die Trusts in Amerika sogar mit Roosevelt, dem Präsidenten der Republik. Man sieht sich deshalb zu doppelter Aufmerksamkeit genötigt. Und ein Ergebnis dieser Aufmerksamkeit ist die „Statistik des Bestandes der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien in Deutschland am 31. Dezember 1906“, die das kaiserliche Statistische Amt im 4. Heft für 1907 seiner Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reiches (Berlin, Postkammer und Mühlbrecht) auf Seite 360 bis 377 veröffentlicht. Da eine amtliche Statistik der Aktiengesellschaften mit Anmeldepflicht beziehungsweise für statistische Zwecke noch nicht besteht, mußte sich das Statistische Amt auf private Quellen, Börsenhandbücher, Mitteilungen usw. stützen, die viel Arbeit und Zeit beanspruchten. Es glaubt jedoch nunmehr das Material ziemlich lückenlos zusammenzubekommen und hat auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung damit einen ganz wesentlichen Dienst geleistet. Denn jeder unserer Zentralverbände kann nunmehr in der Statistik Entstehung und Entwicklung des Großkapitalismus für seinen Beruf ziemlich genau feststellen und beurteilen. Für die deutsche chemische Industrie ist diese Arbeit im nachfolgenden nach der amtlichen Quelle gemacht.

Sie bestreitet zunächst, wie ungeheuer jung der gewaltige Reichtum ist, den das Unternehmertum aus Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter Deutschlands herausgewirtschaftet hat. In unserem Berufe gab es keine „sparsamen Großväter oder Großmütter“ für die Kapitalisten, die etwa durch ihre „Tüchtigkeit“ und „Genügsamkeit“ den „Grund“ für den heutigen Reichtum gelegt hätten, wie sonst das übliche Schlummernärchen der Kapitalisten für die Arbeiter lautet. In der chemischen Industrie ist aller Mehrwert seit wenigen Jahrzehnten frisch aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt! 1850 und früher gab es nämlich in Deutschland überhaupt erst eine einzige chemische Aktiengesellschaft. Aber dann mit der großindustriellen Ausbeutung der wissenschaftlichen Erfindungen und Arbeitermassen machte das Wachstum Riesenschritte. Wenn wir die eigentliche chemische Industrie und die der Heiz-, Leucht- und Fettsäuren zusammennehmen, ergibt sich, daß dann in der Periode von 1851 bis 1860 sechzehn Aktiengesellschaften, 1861 bis 1870 vierzehn, noch rascher jedoch 1871—80 siebenunddreißig, 1881—1890 vollends vierundvierzig, und 1891—1900 sogar achtundneunzig solcher Großunternehmungen in unserer Branche entstanden und bis heute gedeihen und blühen. In den sechs Jahren seitdem, also im jetzigen 20. Jahrhundert, hat aber die Entwicklung ein noch rasenderes Tempo eingeschlagen. Es entstanden beinahe ebensoviel chemische Aktiengesellschaften in der halben Zeit, als jemals vorher in einem vollen Jahrzehnt, nämlich 1901—1906 nicht weniger als 85! So hat der Profit sich taninchenhaft gemehrt und sich teilweise in riesenhaften Anlagen und Barkapitalien, teils in grenzenlosen Lebensluzus für die Unternehmer umgewandelt. Die chemische Arbeiterschaft aber, die alles dies in kaum fünf Jahrzehnten schaffen helfen mußte, ist verborben und gestorben in Glend und in Entbehrung, und ihre Nachkommen von heute sind so arm und mittellos, wie ihre Väter und Großväter waren! Das ist das Ergebnis der Trennung zwischen Kapital und Arbeit durch die gesellschaftliche Einrichtung des Privateigentums, die den Kapitalisten zum Beherrscher und Ausbeuter der beschloßen Arbeit macht!

Insgesamt bestehen heute in der eigentlichen chemischen Industrie 140, in der Industrie der Heiz-, Leucht- und Fettsäuren 153 Aktiengesellschaften. Die ersten haben 403,6 Millionen, die letzten 162 Millionen, beide also 565,6 Millionen nominales Kapital. „Nominal“ heißt die Summe, die als angelegt in den Büchern steht. In Wirklichkeit sind die Angaben dieser Großunternehmungen allein schon wegen des kolossalen Steigens des Grund- und Bodens, sowie die Anteile am Barkapital des fünf- und zehnfache wert, da sie auf dem Geldmarkt wegen ihrer hohen Gewinne viel höher bezahlt werden, als die Einlage ursprünglich ausmachte. Man kann daher ruhig sagen, daß die chemische Großindustrie bereits über Milliarden von Kapital als dauernden Wert verfügt, von dem gar nicht zu reden, was ihre Unternehmer verzehrt und an andern Stellen, außerhalb der Industrie, angelegt haben. In der chemischen Großindustrie im engeren Sinne (pharmazeutische Präparate

einen Reichtumstag errangen. Die Zahl der Arbeiterinnen ist inzwischen erheblich gestiegen. Die Gewerbeinspektorenberichte für das Jahr 1906 weisen für 80 520 Fabrikbetriebe 1 026 899 Fabrikarbeiterinnen auf. Dringend notwendig wäre ein unbeschränkter, nicht durch Ausnahmen durchlöcherter Achtstundentag, der sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterinnen und der Volksgesundheit. Selbst in der Textilindustrie ist ja seit 1902 ein erheblicher Teil zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nach dem Grundsatz der Kampfschicht gelangt. Soweit sich spezielle Forderungen nicht vorüberlegen lassen, läßt sich wohl behaupten, daß heute höchstens ein Viertel der Arbeiterinnen noch länger als zehn Stunden arbeiten. Die kürzere Arbeitszeit haben sie unter furchtbaren Opfern dem Unternehmertum abtrotzen müssen; und da kommt die Novelle mit einem Reichtumstag und läßt diesen noch durch eine Reihe von Ausnahmen einschränken. So, es schlägt die neue Bestimmung vor, daß, wenn besondere Verhältnisse es erzwängen erscheinen lassen, die Arbeitszeit vom 1. Januar ab anderweitig geregelt werden kann, falls der Reichsanwalt es genehmigt und die Dauer der Beschäftigung 11 Stunden täglich und 60 in der Woche nicht überschreitet. Man sieht, Arbeiterchutz wird in Deutschland nur in homöopathischen Dosen verabfolgt.

Eine andre Reform bildete die Bestimmung, daß die Paragraphen 124—129 d. G. D., die bisher nur für die „Beschäftigten der Fabrikarbeiter“ galten, auf alle Betriebe, die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, ausgedehnt werden sollen.

Der 5. Artikel enthält Strafvorschriften. Aus der Begründung ist folgendes Urteil bemerkenswert: „Die Strafen, die von den Gerichten wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeiterschutzgesetze verhängt werden, sind größtenteils auffallend niedrig und stehen häufig in keinem richtigen Verhältnis zu den Erfordernissen, die dem bestraften Unternehmer aus der Zuwiderhandlung erwachsen sind.“ Eine Verschärfung der Strafbestimmungen an sich genügt aber keineswegs, um eine wirkliche Durchführung der Schutzvorschriften, an der der Arbeiterklasse mehr liegt, als an einer nachträglichen Bestrafung, herbeizuführen. Hierfür ist eine Beteiligung der Arbeiter bei der Überwachung der Schutzvorschriften und auch bei dem Auswerfen der Strafen dringend erforderlich.

Die Vorlage enthält nicht eine Bestimmung über die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter; diese sind also nach wie vor den Ausbeutungsverhältnissen der Unternehmer schulplos preisgegeben, wenn sie sich nicht selber schützen. Und das, obwohl Wilhelm II. schon vor 18 Jahren die Regelung der Zeit und Dauer der Arbeit für eine Aufgabe der Staatsgewalt erklärte.

Trotz alledem wird es nicht wenig Leute geben, die die soziale Einigkeit der preußisch-deutschen Regierung preisen und die gebotenen Reformen über das Wohlleben loben werden. Die Arbeiterklasse hat aber wahrlich keine Ursache, mit diesem Glückwunsch zufrieden zu sein, sie muß vielmehr fordern, daß in durchgreifender Weise und unter Mitwirkung der Arbeiter wirkliche Schutzmaßnahmen an Stelle der bisherigen Scheinergänzungen geschaffen werden. Dazu gehört in erster Linie Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung eines Höchstarbeitstages für alle Arbeiter. Der achtstündige Arbeitstag ist angesichts der gesteigerten Intensivität der Arbeit eine Notwendigkeit, mindestens aber sollte er in allen besonders gesundheitsgefährlichen Industrien, so besonders in der chemischen, und in allen Betrieben mit Tag- und Nachtschicht sofort eingeführt werden.

Wie aber alle Gesetze nur Ausdruck gegebener Machtverhältnisse sind, wird auch der Achtstundentag erst dann Gegenstand gesetzgeberischer Maßnahmen werden, wenn die Arbeiter ihn mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation erzwingen haben.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1907.

Es wäre verkehrt, die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1907 unter dem Eindruck der Verschlechterung, die die letzten Monate gebracht haben, würdigen zu wollen. Man muß vielmehr zwei Perioden im Berichtsjahre von einander scheiden, von denen die eine, nämlich genau die erste Hälfte des Jahres 1907, noch eine erhebliche Besserung gegenüber 1906 gebracht hat, von denen die andre, das zweite Halbjahr, im Zeichen des gewöhnlichen Rückgangs steht. Boge man aus beiden Perioden zusammen einen rechnerischen Durchschnitt, so würde das Gepräge des Arbeitsmarktes im Jahre 1907 noch als recht günstig gekennzeichnet werden. Aber was müßte dieser Ernst angesichts des Umstandes, daß die letzten Monate ein steigendes Ueberangebot von Arbeitskräften gebracht haben, daß die Welle der wintertlichen Arbeitslosigkeit wieder höher schlägt, daß unter den hohen Lebensmittelpreisen die soziale Not in weiten Kreisen wieder eine Schärfe annimmt, wie wir es seit dem Winter 1900/1901 nicht mehr erlebt haben. Das Jahr 1907 ist ein Uebergangsjahr mit einem Janusgesicht, dessen heitere Seite den heutigen Ernst der Lage nicht abzumachen vermag. Verührend ist nur die Beobachtung, daß der Grad der Verschlechterung nicht so stark wächst, wie es von vielen Bestimmen vorausgesetzt wurde. In den Jahren 1900, namentlich aber 1901 und 1902 war die herbstliche und wintertliche Verschlechterung sehr viel größer als im Berichtsjahre. Nach den vorläufigen Ziffern der an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen in den ersten 11 Monaten der letzten beiden Jahre Arbeitssuchende:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1906	139,6	125,6	102,5	99,3	101,5	102,3
1907	126,2	106,8	94,9	97,3	100,7	94,4
Diff. g. 1906	-13,4	-18,8	-7,6	-2,0	-0,8	-7,9
	Juli	August	September	Oktober	November	
1906	105,4	98,4	91,3	107,3	133,6	
1907	115,1	106,9	101,1	123,1	149,7	
Diff. geg. 1906	+9,7	+8,5	+9,8	+15,8	+16,1	

Mit einem Blick sind die beiden Perioden des Jahres 1907 erkennbar: im ersten Halbjahre noch durchweg eine Abnahme des Andrangs, im zweiten Halbjahre dagegen eine ununterbrochene und steigende Zunahme gegen 1906. Wie im Jahre 1906 haben immerhin noch 3 Monate ein Ueberangebot von Arbeitskräften gebracht; ein Arbeitermangel bestand indes im Berichtsjahre nur in ganz wenigen Gewerben. Noch höher als im Vorjahre war die Arbeitsintensivität im Kohlenbergbau während des Berichtsjahres. Während die Nachfrage am Kohlenmarkt gleich umfangreich blieb wie 1906 oder doch nur wenig wuchs, nahm die Förderung außerordentlich kräftig zu, da der Arbeiterbedarf besser befriedigt werden konnte, als 1906 und dadurch die Leistungsfähigkeit des Bergbaues stieg. Der lebhafteste Verkehr am Kohlenmarkt hielt bis zum Schlag des Jahres an, jedoch auch die Förderleistung blieb. Abweichend vom Gepräge des Beschäftigungsgrades im Bergbau war die Situation im Eisenbergbau von Mitte des Jahres ab nicht mehr befriedigend. Bis zur Verlängerung des Stahlwerksverbandes Ende April wurde noch in familiären Kreisen des Eisengewerbes unter Ausbeutung aller verfügbaren Kräfte gearbeitet; auch die Erneuerung des nachmittäglichen Produktions- und Fabrikationsapparates gab noch eine zeitlich reichliche Arbeitsgelegenheit. Von Mitte des Jahres trat dann am Eisenmarkt — ausgehend von einem geringeren Bedarf in den Branchen der Weiterverarbeitung und Fertigwarenherstellung — eine Abwärtswendung der Nachfrage ein, die sich allerdings erst gegen Ende des Jahres, in eine Abnahme des Beschäftigungsgrades umsetzte. Von November ab wurden vereinzelt Feuerstätten angelegt, doch fanden Arbeiteraufstellungen erst in geringem Umfange statt. In der Holzindustrie wurde die Produktionsintensivität selbst im vierten Quartal sogar noch beträchtlich ausgedehnt. Gleichmäßig lebhaft war der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie; mit Ausnahme des Seidengewerbes waren alle Zweige der Textilindustrie noch flotter als im Vorjahre beschäftigt. In der Seidenindustrie ließ die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahre wesentlich nach; allein es gab in der Baumwoll- und Woll- sowie in der Leinenindustrie so reichlich zu tun und demzufolge eine so lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften, daß die in der Seidenindustrie überflüssigen Arbeiter bald von den anderen Branchen aufgenommen wurden. Recht

befriedigend war der Beschäftigungsgrad im Bergbau; die Beschäftigung im Bergbau ist im Inlande als mit dem Auslande an Umfang nichts einbüßend, war, abgesehen von den Störungen, die die Kämpfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen verursachten, die Lage des Arbeitsmarktes für Bergbauarbeiter im Berichtsjahre ausnehmend günstig. Nach der überaus heißen Bauzeit 1906 und 1907 brachte das laufende Jahr keine weitere Belebung. In den größeren Städten zeigte die Bauaktivität kein so lebhaftes Gepräge mehr wie in den Vorjahren, dagegen wurde auf dem platten Lande und in kleineren Städten noch reger gebaut. Die Hebung der Lage der Landwirtschaft durch die günstige Verwertung der leistungsfähigen Ernten wirkte freiernd auf die Kaufkraft der landlichen Bevölkerung ein, belebte die Unternehmungslust und veranlaßte dahingehend auf dem Lande eine umfangreiche Bautätigkeit. So glied sich die Beschäftigung im Bergbau im Berichtsjahre demnach aus. Am Arbeitsmarkt für Bauarbeiter war der Andrang im laufenden Jahre fast in jedem Monat geringer als 1906. In den Gewerben, in denen mit Beginn der zweiten Hälfte des Jahres eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre eintrat, gehören in erster Linie das Holzgewerbe, sowie auch das Zementgewerbe. Auf den Beschäftigungsgrad in beiden Gewerben hatte die zunehmende Spannung am Geldmarkt, die die Bauzeit früher als sonst enden ließ, einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Der Einwirkung des Beschäftigungsgrades im Holzgewerbe war außerdem die Holzarbeiterausperrung zu Beginn des Jahres sehr schädlich gewesen.

Die Rüstungen der deutschen Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften.

Wie widerständig die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft sind, kann der, der mit den Härten des Lebens zu kämpfen hat, tagtäglich wahrnehmen. Obwohl das Leben für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Gesellschaft, die arbeitende Klasse, eine Kette von Leiden, Entbehrungen und Ungerechtigkeiten ist, sehen wir ein Beträufeln der Unternehmerverbände gegen die so berechtigten Forderungen der Arbeiterorganisationen. Vor kurzem erst konnte die Tagespresse den Kriegsplan der Unternehmer im Bergwerke veröffentlichen, der uns zeigte, daß diese „Patrioten“ sich mit brutalen Vernichtungsplänen gegen die Arbeiterorganisationen trugen, und wenig später wies der bekannte günstige Wind der „Chemischer Volksstimme“ das nachfolgende „vertrauliche Rundschreiben“ auf den Redaktionsstisch:

Aus die Industriellen!

Unter Zugunahme auf unsere wiederholten Rundschreiben und die Ihnen zugesandten Satzungen unserer Gesellschaft bitten wir Sie hierdurch wachsamst dringendst, mit Ihrem Beitritt nicht länger zu zögern.

Unsre Gesellschaft bezweckt die Verhütung von Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder und eintretendenfalls die Entschädigung der durch Streiks hervorgerufenen Nachteile dergestalt, daß für jeden Streik pro Arbeiter bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Personals bewilligt werden. Der jährliche Beitrag beträgt 1 Promille der Berufsgenossenschaft zuletzt angegebenen Jahreslohsumme und das Eintrittsgeld 1/4 Promille der gleichen Summe.

Für die in dem laufenden Quartal beitretenden Mitglieder beträgt der diesjährige Beitrag nur 1/4 Promille der Jahreslohsumme.

Angesichts der stetig steigenden Machtmittel der Gewerkschaften, deren jährliche Einnahmen von 27 812 257 Mk. im Jahre 1905 auf 41 602 939 Mk. im Jahre 1906 gewachsen sind, muß sich jeder Industrielle im eigenen wie im allgemeinen Interesse seiner Pflicht zur Uebung der gleichen Solidarität und Opferwilligkeit, wie sie die Arbeiterklasse so glänzend zeigt, bewußt werden.

Der Schutz, welcher von den einzelnen Branchenverbänden den Industriellen gewährt wird, bedarf, soweit die Verbände nicht selbst über große Streikentwöhnungsfonds verfügen, der Ergänzung durch die materielle Beihilfe, die ihnen unsre Gesellschaft zur Durchführung von Streiks gewährt.

Wie die Arbeiterklasse, in großen Blöcken vereint, den Kampf gegen die Arbeitgeber führt, so dürfen auch die Industriellen ihrerseits ihre Kräfte nicht bloß in einzelnen speziellen Branchenverbänden zusammenfassen, sondern sie müssen sich zur Abwehr außerdem in einer alle Branchen umschließenden Organisation, wie die unsre, vereinigen.

So hat sich unsre Gesellschaft, welche gegenwärtig bereits ziemlich tausend sachliche und außersachliche Fabrikbetriebe als Mitglieder besitzt, in allen Fällen als ein festes Bollwerk gegenüber dem Uebermut und den übertriebenen Ansprüchen der Arbeiterklasse bewiesen. Es ist der Gesellschaft möglich gewesen, seit ihrem Bestehen alle Streikfälle (92) in sayungsmäßiger Höhe (25 Prozent vom Lohn pro Tag und Arbeiter) zu entschädigen. (Darunter z. B. ein Streik in Höhe von über 30 000 Mk.) Nicht minder ist es der Gesellschaft in zahlreichen Fällen gelungen, drohende Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder von vornherein überhaupt zu verhindern.

Die moralische Wucht der Unterstützung unsrer Gesellschaft ist einleuchtend.

Wir bitten deshalb nochmals dringend, die beifolgende Beitrittserklärung möglichst umgehend vollzogen zurückzusenden. Hochachtungsvoll

Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsverhinderungen. Gräzner.

NB. Mit der Zugehörigkeit zu unsrer Gesellschaft muß die Mitgliedschaft bei dem Verbande Sächsischer Industrieller verbunden sein. Dieser umfaßt ca. 3900 Fabrikbetriebe, und ihm ist der Einfluß zu verdanken, den die sächsische Industrie alljährlich auf die Gesetzgebung des Landes gewinnt. Der Jahresbeitrag an den Verband richtet sich nach der Zahl der Arbeiter und beträgt: bis zu 50 Arbeitern 15 Mk., bis zu 100 Arbeitern 20 Mk., und für je weitere 100 Arbeiter 10 Mk. mehr.

Angesichts dieser Scharmachterpläne ist es notwendig, das zu Anfang Seizte an einigen Beispielen zu erhärten.

Die deutsche Marineverwaltung treibt bei der Ernährung der Mannschaften sicher keinen Luxus. Sie beschränkt sich darauf, das zu geben, was dringend nötig ist, den Mann gesund und kräftig zu erhalten. Die Ernährung eines Marinekadeten kostete im Jahre 1906, berechnet von der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ an den statistisch ermittelten Preisen in einer Anzahl Großstädte, 299,24 Mk. Eine Familie von Mann, Frau und 2 Kindern (= 1 Erwachsenen) müßte demnach 897,72 Mk. allein für Nahrungsmittel pro Jahr ausgeben, um so leben zu können wie ein Marinekadet. Rechnen wir dazu 150 Mk. für Wohnung, 150 Mk. für Kleidung und sonstige Ausgaben, fügen alles sehr niedrig bemessen, so erhalten wir ein Existenzminimum von 1197,72 Mk., eine Summe, die nur ein Bruchteil der Arbeiter verdient, obwohl darin noch kein Kennzeichen für persönliche Bedürfnisse, geistige Fortbildung usw. enthalten ist.

Ein anderer Beweis: Der Vorsitzende des Vereins für Kinderwohlthätigkeit in Berlin teilte vor kurzem in einer Versammlung mit, daß die Zahl der hungernden Schul Kinder im ständigen Steigen begriffen sei. Es sind von den Direktoren und Lehrern von 245 städtischen Gemeindeschulen (es gibt deren 285) rund 11 900 schulpflichtige Kinder ermittelt worden, die zu Hause kein Mittagessen erhalten und zum großen Teil ohne Frühstück zur Schule kommen. In Frage kommen 3567 Familien. Dazu kommen noch die vielen Kinder, die nicht schulpflichtig sind, aber unter den gleichen miserablen Verhältnissen zu leiden haben.

Wir könnten diese Lebensstatistik noch beliebig fortsetzen, glauben aber, daß schon diese wenigen Angaben genügen, um das Verberberische, kulturwidrige der Unternehmerrbestrebungen zu kennzeichnen. Ein Vertreter an seiner Klasse ist jeder Arbeiter, der angesichts der Scharmachterplänen noch seiner Gewerkschaft fernbleibt, und einer Pflichtverletzung macht sich schuldig, wer nicht täglich und stündlich unermüdblich für seine Organisation wirkt. G. Ng.

Ein siegreicher Feldzug gegen den Arbeiterchutz.

Eines der gefährlichsten industriellen Gifte ist das Blei. Infolge seiner vielseitigen Verwendung in den verschiedensten Industriezweigen raft es jährlich mehr Arbeiterleben hin wie irgend ein andres Gift, und unzählig ist das Heer der Armen, denen das tödliche Gift die Gesundheit auf immer zerstört hat. Die verheerende Wirkung des Bleies hat denn auch den gewiß nicht sonderlich eifrigen deutschen Bundesrat veranlaßt, einige Bestimmungen zu erlassen zum Schutze der Arbeiter, die in besonders hohem Maße durch Beschäftigung mit Blei oder Bleiverbindungen gefährdet sind. So für Buchdruckereien gegen den Staub der Bleileitern, für Maler und Lackierer gegen das Bleiweiß, für Akkumulatorenfabriken und für Fabriken zur Herstellung von Bleifarben und Bleizinn. Ganz besonders gefährdet, leider aber durch keine Spezialvorschrift geschützt, sind die Arbeiter in der keramischen Industrie, die mit der stark bleihaltigen Glasur arbeiten müssen. Wir haben schon früher an Hand von sorgfältig ermittelten Zahlen aus der Reichs-Oberinspektion nachgewiesen, daß die Gefährdung der Gesundheit bei den mit Glasuren Beschäftigten ganz außerordentlich groß ist. Und schon vor Jahren schrieb ein Arzt aus der Ober-Oberinspektion, daß sämtliche Glasierer mehr oder weniger bleikrank seien. Trotz alledem fehlen Spezialvorschriften für diese Betriebe noch heute.

Um nun die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht schutzlos der verderblichen Einwirkung des Giftes zu überlassen, erließ der künftige Gewerberat Dr. Löwenstein in Potsdam im April 1904 auf Anweisung seiner vorgesetzten Behörde an die Veltener Glasfabrikanten eine Verfügung, nach der unter die Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachung vom 26. Mai 1903 auch diejenigen Betriebsabteilungen der Glasfabriken fallen, in denen die zur Herstellung von Kacheln benötigten stark bleihaltigen Glasurmassen hergestellt werden. Nach Ansicht der Veltener Fabrikanten bezieht sich jedoch die erwähnte Bekanntmachung lediglich auf Bleifarben, Bleiprodukte und opydhische Bleiverbindungen; die Glasur sei aber etwas andres und wenn sie noch so viel Blei enthalte, so unterliege sie daher trotzdem den vom Bundesrat verordneten Vorschriften nicht. Infolge der Weigerung der Fabrikanten, die Verordnung zu befolgen, erhob die Gewerbeinspektion eine diesbezügliche Klage gegen 34 Veltener Glasfabrikanten wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung.

Das Schöffengericht in Spandau kam zu einer Verurteilung, während die dritte Strafkammer des Landgerichts II in Berlin die Angeklagten freisprach. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein, und das Kammergericht wies das Urteil zur erneuten Verhandlung an das Landgericht zurück. Am 1. Oktober dieses Jahres wurde von neuem über die Frage verhandelt. Als Sachverständige waren der Gewerbeinspektor Dr. Löwenstein (jetzt in Stade), Gewerbereferendar Jakob, ferner drei bekannte Keramiker, darunter der Geschäftsführer verschiedener Tonindustrieverbände, Kramer, der Direktor der königlichen Porzellanmanufaktur, Dr. Geincke, und außerdem der Chemieprofessor an der Bergakademie, Dr. Puschl, der das Obergutachten abgab. Dieses Obergutachten ist ein seltsames Beispiel der Uebertragung von beinahe taumelndiger Spitzfindigkeit auf das Gebiet der Naturwissenschaften. Prof. Puschl gab an, daß die zur Glasur verwendeten Bleisäuren ca. 80 Prozent Blei und 20 Prozent Zinn in Form ihrer Sauerstoffverbindungen, also als Oxyde enthalten. Da der Prozentgehalt der Bestandteile etwas schwankend ist, so hat man hier nach seiner Meinung mit keiner einheitlichen chemischen Verbindung zu tun. Da aber die Bundesratsverordnung sich auf Bleiverbindungen bezieht — so kann sie hier nicht maßgebend sein.

Diese nicht nur für den gesunden Menschenverstand, sondern auch für den Chemikerstand nicht unbedenkliche Beweisführung und Uebertragung von juristischen Definitionen auf chemische Nomenklatur, die bekanntlich sehr schwankend ist (unterschiedet man doch in der Chemie „bestimmte“ von „unbestimmten“ Verbindungen — und zwar sind die letztern bei weitem die zahlreicheren — welche Verbindungen unterliegen nun der Bundesratsverordnung?), veranlaßte den Gerichtshof zur Freisprechung.

Auch der Hinweis des Staatsanwalts, daß die fröttige Verfügung der Gewerbeinspektion doch ohne weiteres mit dem Sinn der Bundesratsverordnung sich deckt, blieb ohne Wirkung.

Durch dieses Urteil wird nicht nur die juristische Lüstelei, sondern auch die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer grell beleuchtet. Um sich den, durchaus nicht zureichenden, Bestimmungen der Bundesratsverordnung zu entziehen, wird ein langer Prozeß durchgeführt; zu einige Kontrollmaßnahmen und Schutzvorrichtungen umgehen zu können, werden Hunderte von Arbeitern den Einwirkungen des tödlichen Giftes schutzlos überlassen. Humanität ist die starke Seite der Veltener Glasfabrikanten sicherlich nicht, sonst hätten sie die billigen Vorschriften der Verordnung ohne Mühen durchgeführt.

Aber die Unternehmer sind sich überall gleich. Die Veltener Fabrikanten verlagten den Arzt beim ärztlichen Examen, der auf Grund seiner Zustimmungsleistung in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die schädlichen Wirkungen des Bleies hielt und die Veltener stießen die ohnehin unzureichenden Schutzbestimmungen mit Hilfe der Gerichte um. Trotzdem ist natürlich ein Deger und Wähler, wer in die Arbeiter- und Menschenfreundlichkeit der Herren Zweifel setzt.

Seit 1906 ist übrigens eine Verordnung für die Glasurarbeiten in der keramischen Industrie „in Vorbereitung“; ob und wann sie das Licht der Welt erblickt, wissen die Götter.

Der Wert der Statistik.

In heutigen wirtschaftlichen Betrieben ist die genaue Aufzeichnung und Zusammenfassung aller Vorkommnisse ein Mittel, welches sowohl im Staatswesen, als auch im industriellen Gebilde in sehr vielen Fragen der Zeit als Grundlage dient. Die Volkszählungen, welche in gewissen Zeitabständen vorgenommen, dienen dem Staate als Grundlage zu sehr vielen Verfügungen. Nach diesen Ergebnissen richtet sich u. a. auch die Prägung der Scheidemünzen (Silber- und Nickelmünzen), welche auf jeden Kopf der Bevölkerung auf 10 Mk. berechnet wird. Ebenso richtet sich die Einrichtung der Nationalbeiträge der Einzelstaaten an das Reich wieder nach den statistischen Ergebnissen. Als weitere Grundlage dient die Statistik bei der Einleitung der Wahlkreise für den Reichstag, wo ebenfalls auf rund 100 000 Einwohner 1 Abgeordneter treffen soll. Hier ist aber das Volk natürlich ganz bezerrt. Selbst bei Heer- und Marineportalen bezieht sich die Regierung zur Begründung derselben der statistischen Zahlen der Bevölkerung. Nicht minder hängt die Berechnung eines Drees, ob ländliche oder städtische Verfassung, von dem Ergebnis der Statistik ab.

Außer der Volkszählung, welche in der Regel in den Wintermonaten vorgenommen, weil im Sommer eine ganze Anzahl von Schiffahrern in fremden Häfen sich befinden, sondern von der Zählung ausgeschlossen bleiben würden, erfolgt noch eine Berufs-zählung. Die Zahlen der Volks- und Berufszählung decken sich nicht immer. Bei letzterer stellt sich heraus, daß in den einzelnen Berufen bedeutend weniger beschäftigt, als in der Volkszählung als Berufstätiger angegeben sind. Der Grund liegt darin, daß eine ganze Anzahl Arbeiter von ihrem erlernten Beruf zu einem andern übergegangen sind, aber noch als Berufstätiger bei der Volkszählung mitgerechnet sind.

Nicht allein für das Reich, sondern auch bei Errichtung verschiedener sozialer Institutionen dient die Statistik als Grundlage.

Bei Lohnbewegungen können wir beobachten, daß die Organe der Behörden eifrig bemüht sind, den vollen Umfang der Beteiligten zu ermitteln, speziell der jugendlichen Arbeiter, um statistisch nachzuweisen zu können, wie die Jugend schon von dem gewerkschaftlichen Gedanken erfaßt ist.

Die Statistik dient auch als Beweismittel, um der herrschenden Klasse das soziale Elend im wirklichen Verhältnis vor Augen zu halten, diese läßt sich nicht anzweifeln. Das soziale Elend in der noch stark vorherrschenden Hausindustrie konnte nur mit Zahlen nachgewiesen werden, und welche tiefe Wurzel es hier geschlagen hat.

Statistische Zusammenstellungen sind es, welche wir bei den Lohnbewegungen als Beweismittel den Unternehmern entgegenhalten, nicht minder dienen dieselben unseren Vertretern in den Parlamenten.

So unübelvoll diese Arbeit ist, so ist die Statistik doch eine Naturwahrheit im gewerkschaftlichen Leben, sie ist eine gute Waffe, welche wir im wirtschaftlichen Kampfe benützen haben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Rienburg. Den Arbeitern der Hoyermannschen Phosphatfabrik wurde am Freitag, dem 20. d. M., eine nicht gerade angenehme Weihnachtsgabe zuteil.

Eggerheim. Der Streik in der Kalkfabrik König & Herz ist beendet, nachdem die Firma sich bereit erklärte, bis Mitte Januar alle Beschäftigten, und in erster Linie die Verheirateten, wieder einzustellen.

Arbes. Der Streik, der bei dem Bau der Wasserleitung in Arbes beschäftigt war, wurde kurz vor Weihnachten durch den Beschluß der Verwaltung beendet.

Korrespondenzen.

Reichshausen bei Augsburg. In der letzten Zeit wiederholt zu Arbeitseinstellungen gekommen. Ohne Rücksicht auf die Gesundheitsfähigkeit der dortigen Beschäftigten sucht man durch allerhand Manipulationen die Löhne herabzubringen.

entwöhnung unter den Arbeitern wirksam entgegenzuwirken, ist die Erziehung und Heranbildung der organisierten Arbeiter zu solidarisch empfindenden Menschen.

Reichshausen bei Augsburg. In der Glühfädenfabrik ist es in der letzten Zeit wiederholt zu Arbeitseinstellungen gekommen. Ohne Rücksicht auf die Gesundheitsfähigkeit der dortigen Beschäftigten sucht man durch allerhand Manipulationen die Löhne herabzubringen.

Radeberg. Einen Kampf gegen Windmühlen hat die Direktion der Tafelglasfabrik, vorm. H. Girlich, jetzt A.-G., aufgenommen. Sie will die Organisation unter 'ihren' Arbeitern ausrotten.

Strasburg. Ein großes Schlaglicht auf das Antreiberwesen in der neuen Papiermanufaktur in Kupfershan werfen nachfolgend gezeichnete Zustände. Besonders liebenswert geht der Holländerführer Heinrichs mit den ihm unterstellten Arbeitern um.

Regel. Am 15. Dezember 1907 hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Kohlmann, Berlin, hielt einen Vortrag über den Kampf der Beschäftigten mit der Zahlstelle Gr. Berlin.

Rundschau.

Zunahme der italienischen Arbeiterorganisationen. Die nachfolgende Zahlen zeigen, wie die italienische Arbeiterkraft der Welt und die Verantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr zu steigen, und die frühere Schwermützigkeit, die Italiener zu einem planmäßigen und geordneten Vorgehen zu gewinnen, scheint allmählich abzuwachen.

Table with 3 columns: Name, 1. Quartal, 2. Quartal, Summe in Proz. Rows include: Gesamtzahl, Italien, Österreich, etc.

Table with 3 columns: Beruf, Anzahl, Proz. Rows include: Textilarbeiter, Schuhmacher, Seeleute, etc.

Letztere waren die einzigen, die einen Rückgang infolge eines unglücklichen Streiks zu verzeichnen hatten.

Die Landarbeiter sind besonders organisiert, ihre Gewerkschaftsvereine sind von 982 auf 1292 gestiegen und die Zahl der darin organisierten Arbeiter von 221 913 auf 278 698, also um 26,5 Prozent.

Die Zahl der den anarcho-sozialistischen Arbeitstourneen angehörenden Arbeiter hat sich noch bedeutend stärker, nämlich von 198 446 auf 392 887 vermehrt.

Verbandsnachrichten.

Vom 17. Dezember ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Table with 2 columns: Ort, Betrag. Rows include: Berlin, Buzen, Lausitz, Dresden, etc.

Schluss: Sonnabend, 28. Dezember, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Schuldnerliste.

In der Zusammenstellung der Zahlstellen, die dem Vorstand noch Kalender für 1907 oder Protokolle schuldig sind, ist die Zahlstelle K r n b e r g zu Unrecht aufgeführt worden.

Zusammenhang zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Gildesheim. 5 Pf. pro Woche und Mitglied. Odesloe. 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder und Monat.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 9847, ausgestellt auf den Namen Friedr. Quilitzsch am 12. April 1902. Nr. 24670, ausgestellt am 21. Januar 1904 für Johann Weinert.

Ersunden sind in Hamburg folgende Mitgliedsbücher: Nr. 217 282, ausgestellt am 12. 11. 1906 für Ernst Goetbeer.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Eisenberg, S.-M. H. Wirth, Königshoferstr. 8. Gildesheim. Karl Spedhardt, Silberhandstraße 40. Odesloe. Max Stadelmann, Reithofstraße 5.

Inserate.

Zahlstelle Augsburg. Sonntag, den 12. Januar 1908, nachmittags 3 1/2 Uhr: Generalversammlung im „Wittelsbacher Hof“.

Zahlstelle Bremen. Am Mittwoch, dem 8. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal), Faulenstraße.

Zahlstelle Döbeln. Sonntag, den 5. Januar 1908, nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung auf der Muldenterrasse.

Zahlstelle Köpenick. Verkehrsliste vom 1. Januar 1908 beim Gastwirt Aug. Tauchert, Müggelseerstraße 4.

Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. Am Mittwoch, dem 1. Februar 1908 einen tüchtigen Agitationsleiter.

Zahlstelle Neumünster. Sonntag, den 5. Januar 1908, nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Blohm, Plönnerstr. 7.

Zahlstelle Schönberg i. M. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Zahlstelle Schwabach. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Zahlstelle Tübingen. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Zahlstelle Weiden. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Zahlstelle Wittenberg. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Zahlstelle Zwickau. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.